



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Gentechnik: Wir brauchen bundesweite Verbote durch die Bundesregierung, Herr Schmidt!

Nr. 122.15 / 19.03.2015

Zur Konferenz der Agrarminister des Bundes und der Länder heute und morgen in Bad Homburg sagt der agrarpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Bernd Voß**:

Die AgrarministerInnen der Länder tun gut daran, den Bund aufzufordern, bei der Agrogentechnik klare Kante zu zeigen. Die EU-Regelung zur Möglichkeit nationaler Anbauverbote von Gentechnisch veränderter Organismen (GVO) ist an sich schon problematisch. Wenn aber die Bundesregierung alle Verantwortung und auch das Risiko möglicher Klagen von Gentechnikkonzernen auf die Länder abschieben will, setzt sie noch eins drauf.

Ich fordere die Bundesregierung auf, deutschlandweite Verbote für GVO zu erlassen. Es darf in Deutschland keinen Flickenteppich bei der Agrogentechnik geben. Zudem erwarten wir, dass sich die Bundesregierung endlich mit Nachdruck für eine Verschärfung des EU-Zulassungsverfahrens für GVO einsetzt. Immer noch gibt es keine unabhängigen Risikostudien als Voraussetzung der Zulassung. Im Übrigen ist eine Bundesregierung unglaublich unwürdig, die sich in der Öffentlichkeit gerne als gentechnikkritisch darstellt, aber im EU-Ministerrat nicht klar gegen die Neuzulassungen von GVO stimmt.

Hintergrund:

Die Verhandlungen auf europäischer Ebene zur Möglichkeit nationaler Anbauverbote für EU-weit zugelassene GVO (Opt out) haben sich über einen längeren Zeitraum hingezogen. Erstmals hat die EU-Kommission dazu im 2010 einen Vorschlag vorgelegt. Den dazu Anfang des Jahres erzielten politischen Kompromiss sehen wir sehr kritisch. Die Grüne Fraktion hat im Europaparlament gegen diese Regelung gestimmt. Die Hürden für den Erlass von nationalen oder regionalen Verboten sind hoch, der Aufwand für die Begründung wird immens sein, selbst dann ist nicht sicher, dass diese Verbote rechtswirksam sein werden. In einem Entwurf zur Änderung des deutschen Gentechnikgesetzes des Bundeslandwirtschaftsministeriums ist bisher vorgesehen, dass die Länder GVO-Verbote erlassen können. Verbote durch den Bund sind demnach nicht geplant.
